

AK-Fakten Einkommen 2024:

Regionale Disparitäten durch Einkommensungleichheit: Unveränderter Nachholbedarf bei Tarif- und Effektivlöhnen

Die Einkommen im Saarland liegen über alle Branchen hinweg unter dem Bundesdurchschnitt. In der Folge haben saarländische Haushalte weniger Einkommen zur Verfügung, müssen davon aber einen höheren Anteil für den Konsum aufwenden – obwohl sie sich insgesamt weniger leisten können als in anderen Bundesländern. Das gestiegene Preisniveau trifft sie somit in stärkerem Ausmaß. Auch dem Saarland insgesamt droht ein Wohlstandsverlust, wenn sich die Beschäftigungsverluste im Verarbeitenden Gewerbe fortsetzen und noch mehr gut bezahlte Arbeitsplätze verloren gehen. Zwar hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise nochmals verlangsamt, die Verluste bei den Tarif- wie auch den Effektivlöhnen sind aber längst noch nicht ausgeglichen. Es besteht unverändert Nachholbedarf.

1. Das Verarbeitende Gewerbe als größter Beschäftigungssektor an der Saar mit einem monatlichen Durchschnittseinkommen (ohne Sonderzahlungen) der Vollzeitbeschäftigten von 4.179 Euro verzeichnet zwischen 2018 und 2023 einen Beschäftigungsrückgang von -9,4%. Diese Entwicklung zieht potenziell auch negative Konsequenzen für andere Branchen nach sich, da hierdurch Kaufkraft verloren geht, die für den Konsum und damit der Binnennachfrage fehlt. Die höchsten Einkommen hierzulande verdienen Vollzeitbeschäftigte im Bereich Information und Kommunikation (5.484 Euro), die niedrigsten im Gastgewerbe (2.873 Euro)
2. Insgesamt verdienen saarländische Vollzeitbeschäftigte 2023 durchschnittlich 4.194 Euro pro Monat. Im Vergleich zu Westdeutschland entspricht dies einem Verdienstrückstand von -8,5%.
3. Das Produzierende Gewerbe weist mit -8,4% einen durchschnittlichen Rückstand auf, der Dienstleistungsbereich liegt insgesamt bei -9,3%. Besonders ausgeprägt sind die Abstände bei den wirtschaftlichen Dienstleistungen (-13,8%), insbesondere im Bereich freiberuflicher, wissenschaftlicher und technischer Dienstleistungen (- 17,7%).
4. Das verfügbare Einkommen je Einwohner betrug im Jahr 2022 im Saarland 23.648 Euro – 2.200 Euro weniger als im Bundesdurchschnitt.
5. In Relation zum Bund liegt der Anteil der Konsumausgaben saarländischer Haushalte mit 93,2% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.
6. Verbraucher müssen dauerhaft erhöhte Preise berücksichtigen. Auch wenn sich der Preisanstieg im Vorjahresvergleich im August 2024 auf +2,2% deutlich abgeschwächt hat, liegt das aktuelle Preisniveau insgesamt gut ein Fünftel (+18,9%) über dem Niveau von 2020.
7. Inflationsausgleichsprämien haben in den zurückliegenden Tarifrunden zwar für rechnerisch hohe Abschlüsse gesorgt. Da sie als Einmalzahlungen aber nicht dauerhaft

tabellenwirksam sind, dämpfen sie die Einkommensentwicklung und werden auch bei Rentenansprüchen nicht berücksichtigt. Modellrechnungen über fünf Jahre zeigen, dass Brutto- und Nettoeinkommen dadurch um mehrere tausend Euro niedriger ausfallen können.

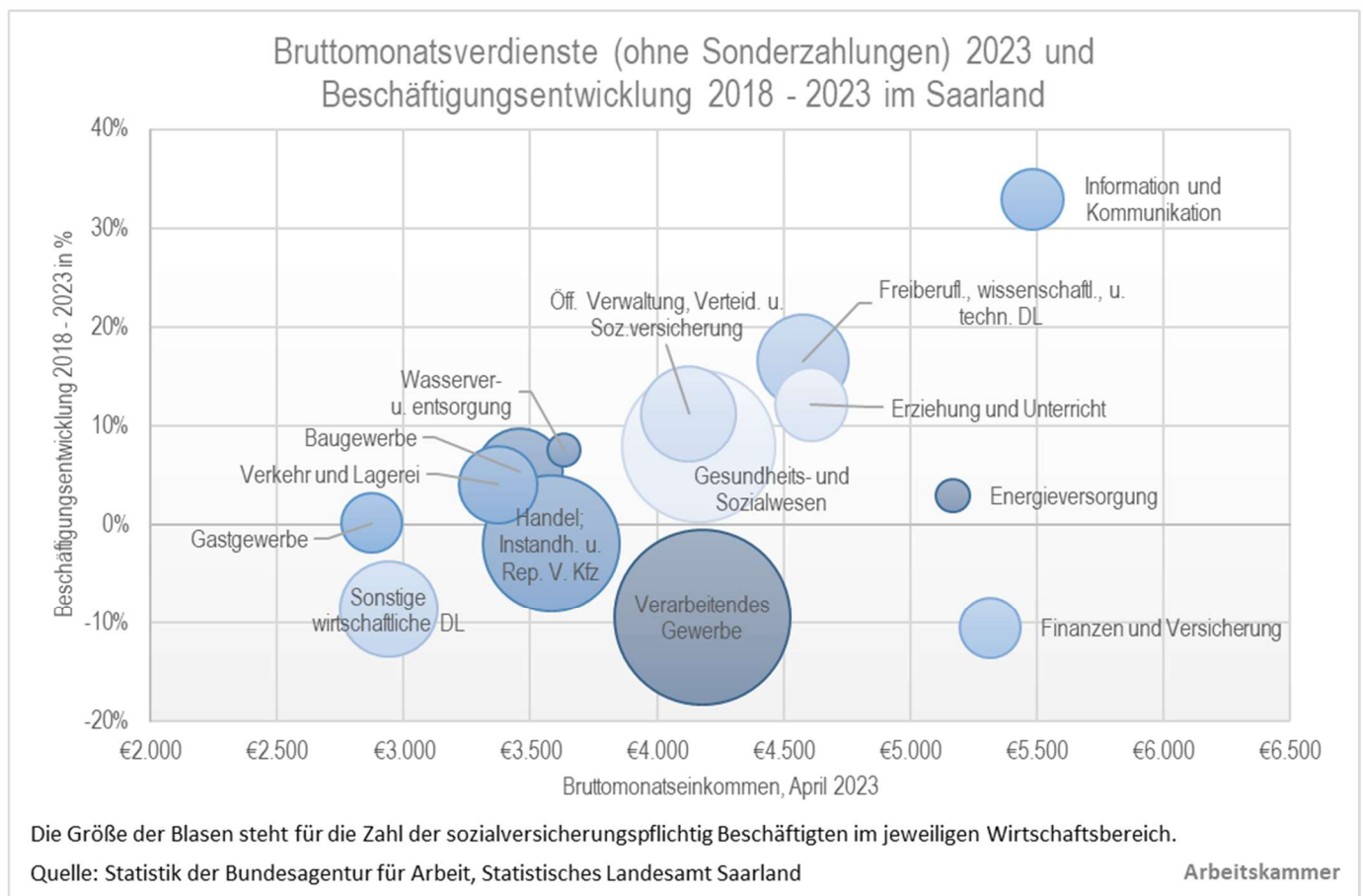
8. Im ersten Halbjahr 2024 stiegen die Tariflöhne unter Berücksichtigung von Tarifsteigerungen aus vorhergehenden Abschlüssen nominal um durchschnittlich 5,6%. Die Kaufkraftverluste der Vorjahre können damit aber nur etwa zur Hälfte kompensiert werden.
9. Das volle Ausmaß der Reallohnverluste wird erst ersichtlich, wenn die angenommene nominale Entwicklung aus dem Vorkrisenzeitraum sowie die Verschiebungen der Import- und Exportpreise („terms of trade“) berücksichtigt werden. Demnach dürfte frühestens 2025 das Reallohnniveau des Jahres 2021 nochmal erreicht werden. Bei den Arbeitseinkommen besteht daher unvermindert deutlicher Nachholbedarf.

AK-Fakten 2024: Kurztitel

Stand: 18.09.2024

1) Beschäftigungsrückgang im einkommensstarken und beschäftigungsintensiven Verarbeitenden Gewerbe

Die durchschnittlich höchsten Bruttomonatsverdienste (ohne Sonderzahlungen) im Saarland verdienen Vollzeitbeschäftigte im Wirtschaftszweig Information und Kommunikation mit 5.484 Euro. Bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verzeichnete der Bereich zwischen 2018 und 2023 mit einem Plus von 32,9% das stärksten Beschäftigungswachstum an der Saar. Vollzeitbeschäftigte im Finanz- und Versicherungsgewerbe erzielen mit durchschnittlich 5.314 Euro die zweithöchsten Bruttomonatsverdienste. Der Beschäftigungsstand Mitte 2023 weist hier gegenüber 2018 allerdings mit -10,5% einen negativen Saldo auf. Mit 5.167 Euro folgen an dritter Stelle Beschäftigte aus dem Bereich Energieversorgung, die quantitativ allerdings weniger ins Gewicht fallen (+3%).



Im Bereich der mittleren Einkommen zwischen 4.100 und 4.600 Euro liegen Vollzeitbeschäftigte der Öffentlichen Verwaltung (4.125 Euro, +11,2% seit 2018) sowie aus den Bereichen Erziehung und Unterricht (4.608 Euro) und der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (4.577 Euro), die mit +12,2% bzw. +16,6% seit 2018 deutliche

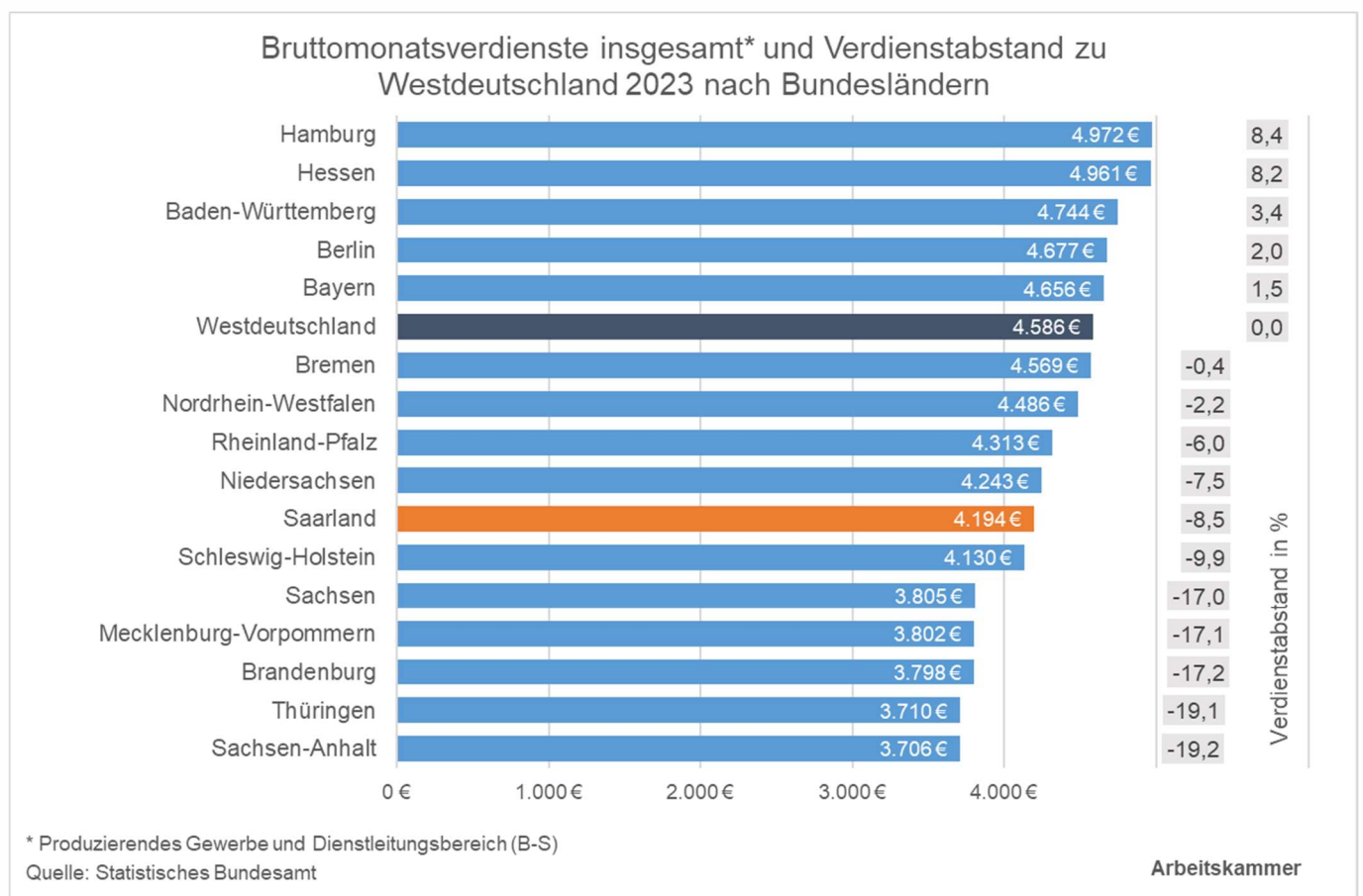
Beschäftigungsaufwüchse verzeichnen. Auch das beschäftigungsintensive und wachsende Gesundheits- und Sozialwesen (4.164 Euro, +8% seit 2018) liegt in diesem Bereich, ebenso wie das Verarbeitende Gewerbe als größter Beschäftigungssektor (4.179 Euro), der allerdings seit 2018 einen Beschäftigungsrückgang von -9,4% aufweist. Diese Entwicklung hat potenziell auch negative Ausstrahlungseffekte für andere Branchen, da hierdurch Kaufkraft verloren geht, die für den Konsum und damit der Binnennachfrage fehlt.

Die niedrigsten Bruttomonatsverdienste erhalten mit durchschnittlich 2.873 Euro Vollzeitbeschäftigte des Gastgewerbes (+0,2% seit 2018). Im Bereich zwischen 3.000 und 4.000 Euro liegt der drittgrößte Beschäftigungssektor Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz (3.581 Euro) sowie der Bereich der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (2.940 Euro). Während die Beschäftigungsentwicklung im Handel mit -1,9% seit 2018 leicht negativ ausfällt, ist sie bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen mit -8,6% deutlich stärker ausgeprägt. Ursächlich ist hierfür insbesondere die Entwicklung der Leiharbeit, die hier verortet ist. Mehr Beschäftigte verzeichnen dagegen der Bereich Verkehr und Logistik (3.373 Euro, +4,1%), das Baugewerbe (3.457 Euro, +5,4%) sowie der Bereich Wasserver- und -entsorgung (3.631 Euro, +7,6%).

2) Nach wie vor erheblicher Verdienstrückstand im Saarland

Insgesamt verdienen saarländische Vollzeitbeschäftigte 2023 durchschnittlich 4.194 Euro pro Monat. Im Vergleich zu Westdeutschland (4.586 Euro) entspricht dies einem Verdienstrückstand von -8,5%. Damit liegt das Saarland an vorletzter Stelle der westlichen Bundesländer, nur knapp vor Schleswig-Holstein.

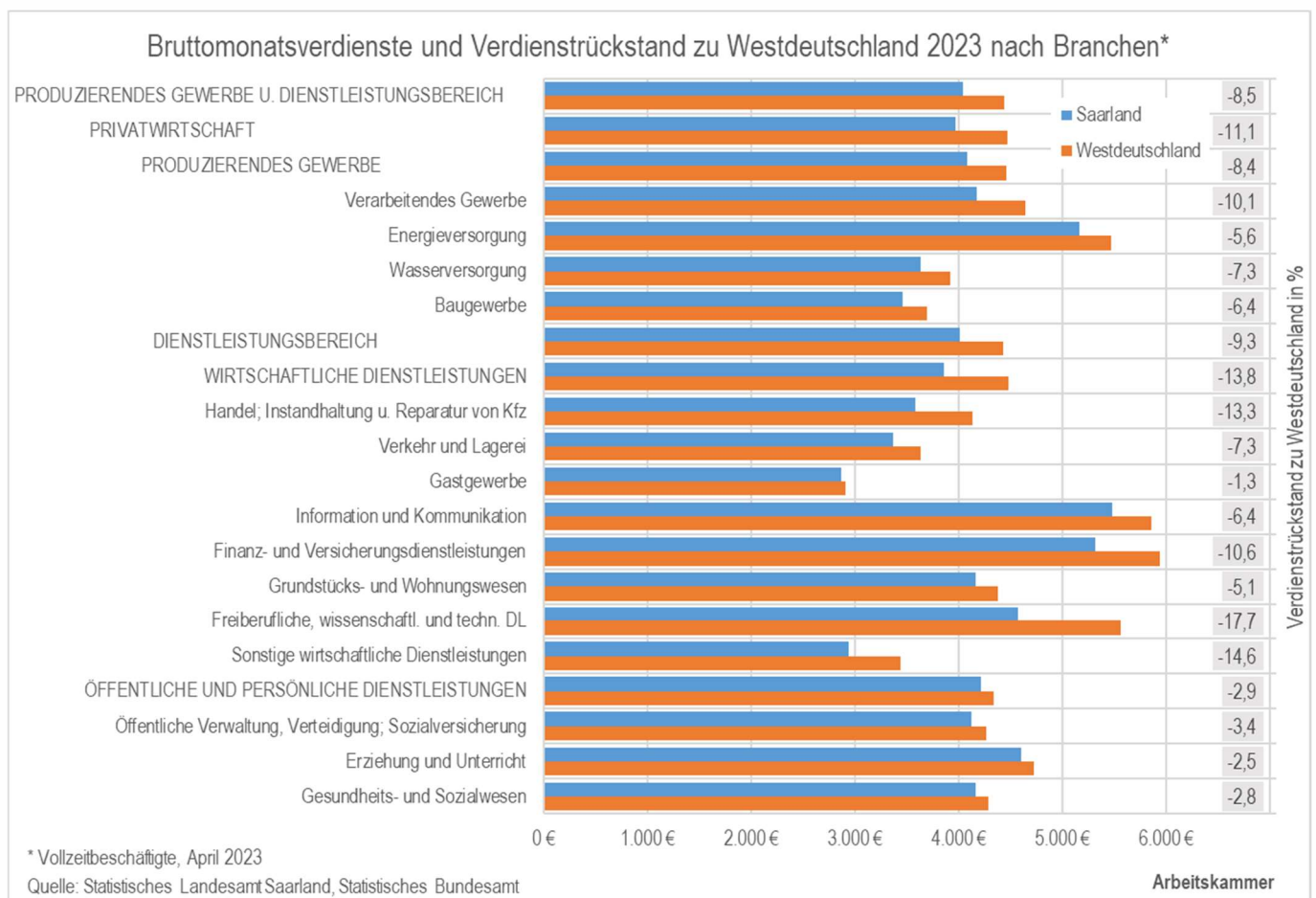
Unter Berücksichtigung des niedrigen Einkommensniveaus in Ostdeutschland und des dadurch für Gesamtdeutschland geringeren Durchschnittseinkommen (4.479 Euro) beträgt der Verdienstrückstand immer noch -6,4% (ohne Nachweis in der Grafik).



3) Einkommensrückstand über alle Branchen hinweg

In der Privatwirtschaft (Produzierendes Gewerbe und wirtschaftliche Dienstleistungen) ist der Verdienstabstand mit -11,1 Prozent noch größer als in der Gesamtwirtschaft. Besonders ausgeprägt sind die Abstände bei den wirtschaftlichen Dienstleistungen (-13,8%), insbesondere in den Teilbereichen der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (-17,7%), dem Handel (-13,3%) sowie den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (-14,6%), zu denen beispielsweise die Arbeitnehmerüberlassung sowie Wach- und Sicherheitsdienste zählen. Auch der Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen hat mit -10,6 Prozent einen deutlichen Rückstand bei den Verdiensten. Das Produzierende Gewerbe weist mit -8,4 Prozent einen durchschnittlichen Rückstand auf – das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Vollzeitbeschäftigte im Saarland über alle Teilbereiche weniger verdienen als ihre Kolleginnen und Kollegen in Westdeutschland.

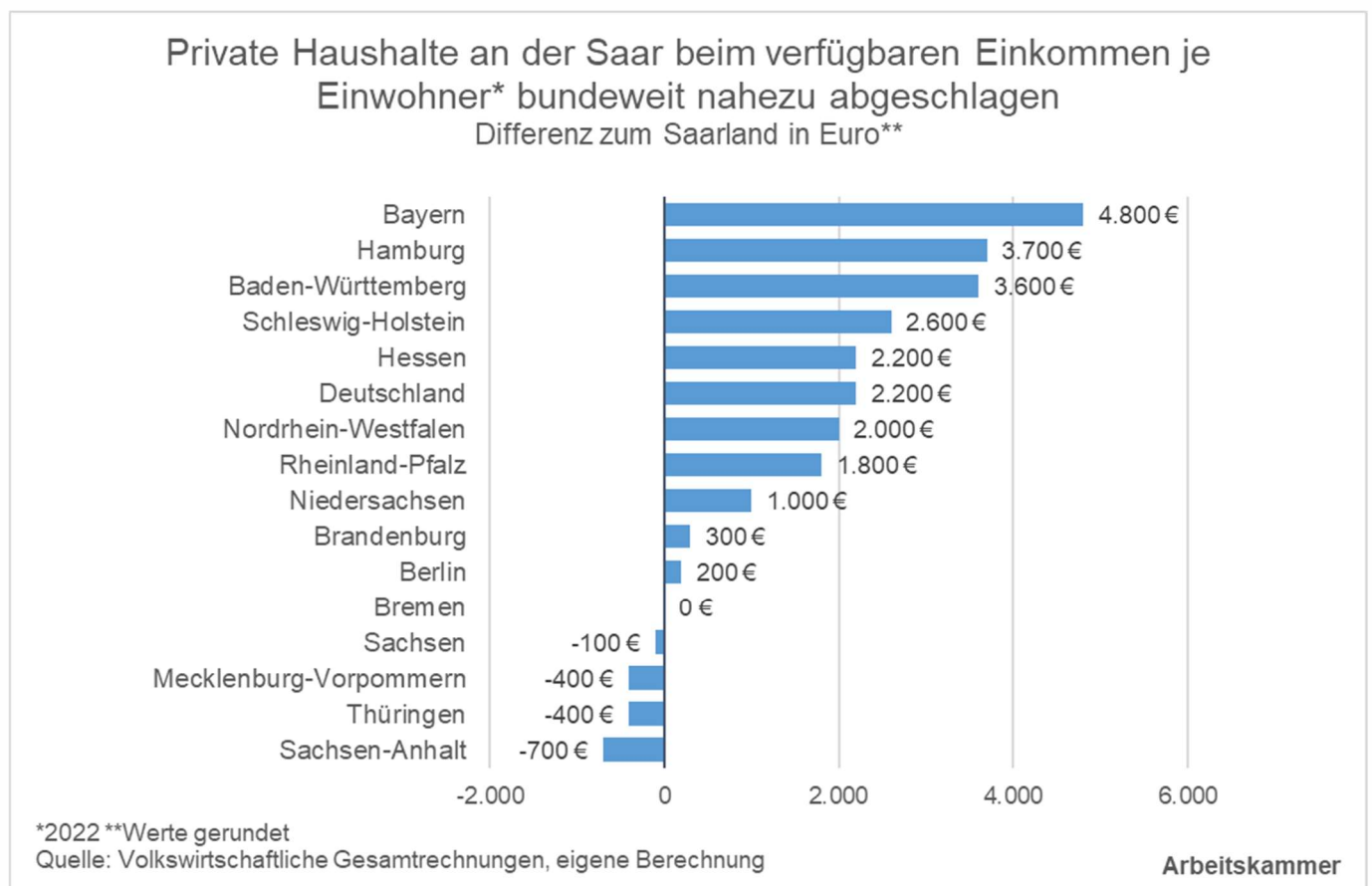
Der Verdienstrückstand des Dienstleistungsbereichs insgesamt von -9,3% ist wesentlich den deutlichen Abständen bei den wirtschaftlichen Dienstleistungen (-13,8%) geschuldet. Bei den öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen fällt er mit -2,9 Prozent geringer aus – aber auch hier liegen die Einkommen an der Saar überall unter den westdeutschen Vergleichswerten.



4) Deutlicher Rückstand beim verfügbaren Einkommen von Saar-Haushalten

Das verfügbare Einkommen ist eine zentrale Maßzahl für die Konsummöglichkeiten von Privathaushalten, die ihrerseits einen wesentlichen Nachfragefaktor für die Binnenkonjunktur darstellen. In Relation je Einwohner betrug das verfügbare Einkommen je Einwohner im Jahr 2022 (letzter verfügbarer Wert) im Saarland 23.648 Euro. Im Bundesländervergleich lagen saarländische Haushalte damit etwa gleichauf mit Haushalten aus Bremen und Sachsen. Nur in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt fiel das verfügbare Einkommen noch geringer aus.

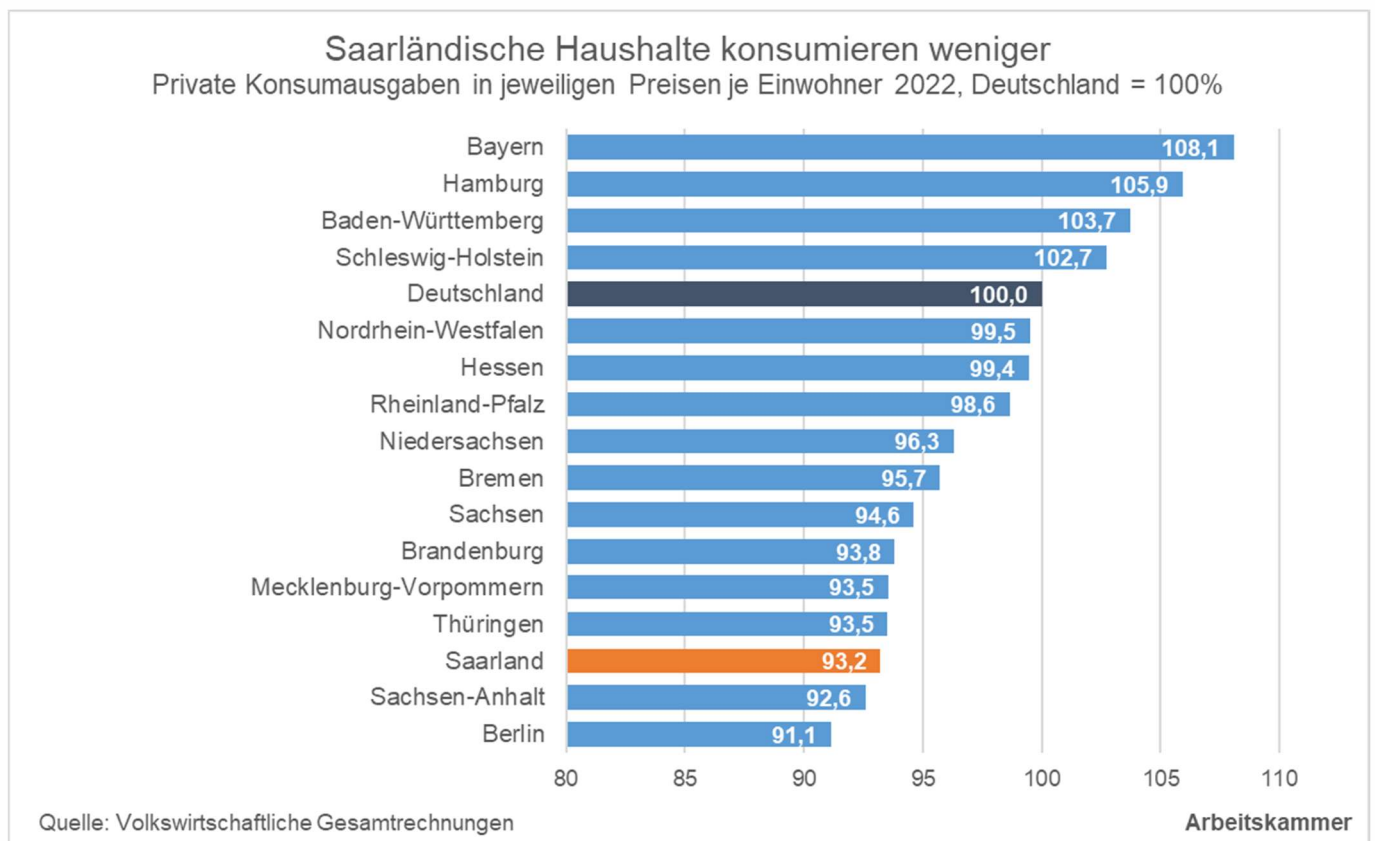
Zum bundesweiten Durchschnitt bestand dagegen ein Rückstand von rund 2.200 Euro. Zu den Haushalten aus Bayern, die die Rangliste anführen ist der Rückstand mit mehr als 4.800 Euro sogar mehr als doppelt so hoch. Damit sind die finanziellen Spielräume der saarländischen Haushalte im Vergleich deutlich eingeschränkt.



5) Weniger Konsumausgaben an der Saar

Die saarländischen Haushalte geben 93,1% ihres verfügbaren Einkommens für den Konsum aus. Deutschlandweit liegt die Quote bei 91,4%. Das bedeutet, dass saarländische Haushalte einen größeren Anteil ihrer Finanzmittel ausgeben und weniger sparen können als Haushalte sonst in der Bundesrepublik.

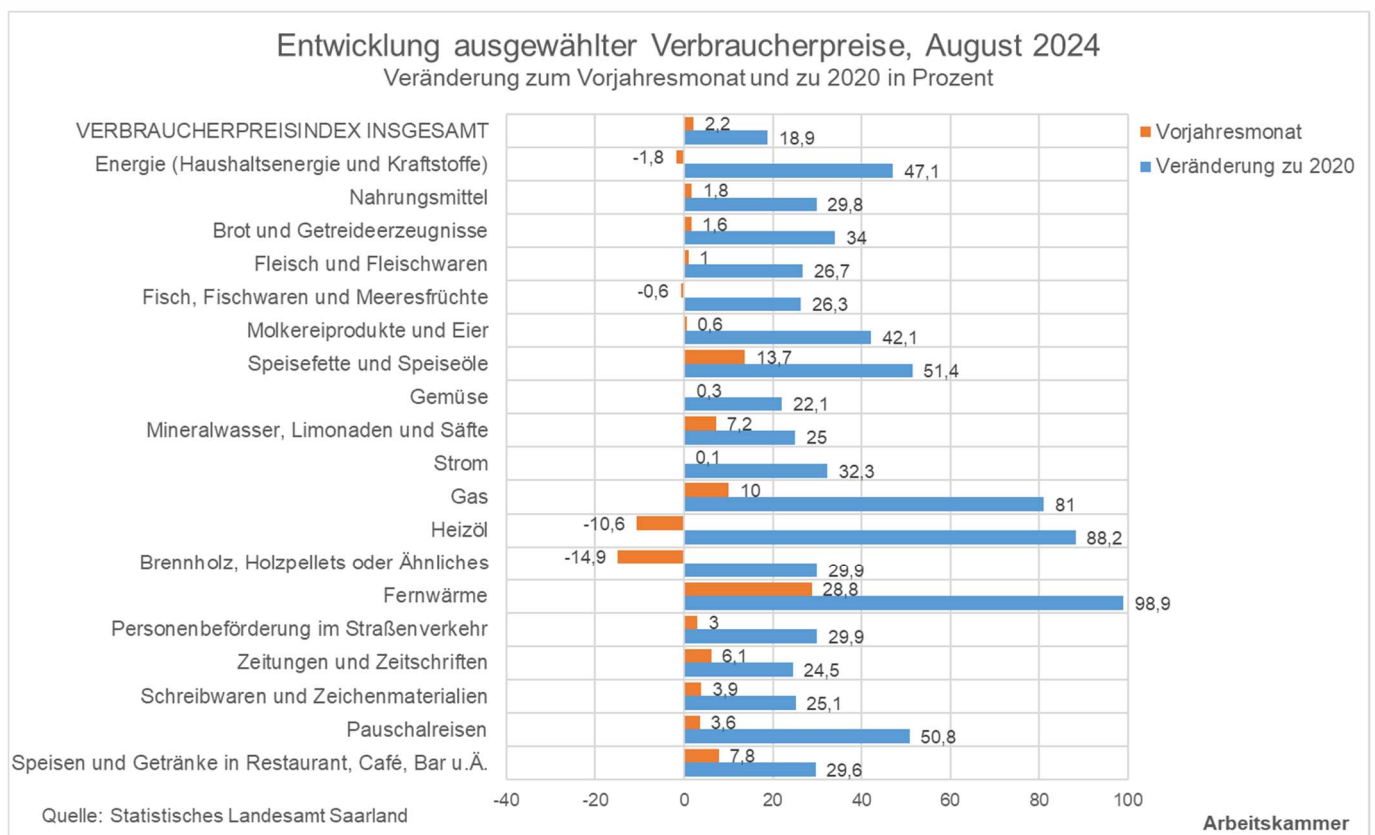
Bayrische Haushalte müssen angesichts ihres weit überdurchschnittlichen verfügbaren Einkommens mit 89,7% nur einen deutlich niedrigeren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für den Konsum aufwenden. Dennoch fallen die privaten Konsumausgaben der Haushalte in Bayern bundesweit am höchsten aus und liegen 8,1% über dem bundesweiten Durchschnitt. Mit 93,2% liegt der Anteil der Konsumausgaben saarländischer Haushalte dagegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Nur in Sachsen-Anhalt und Berlin geben Privathaushalte noch weniger aus. Die Zahlen zeigen damit deutlich die regionalen Disparitäten im Hinblick auf die Finanzausstattung privater Haushalte auf.



6) Trotz nachlassender Inflation: Gestiegenes Preisniveau bleibt bestehen

Im Vorjahresvergleich hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise im August 2024 mit +2,2% deutlich abgeschwächt und liegt damit nochmals nahe dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von 2%. Der Verbraucherpreisindex mit dem Basisjahr 2020 zeigt aber, dass das Preisniveau insgesamt mit einem Plus von 18,9% fast um ein Fünftel höher ist als vor vier Jahren. Verbraucher müssen diese höheren Preisen somit dauerhaft bei ihren Ausgaben berücksichtigen und sich entsprechend einschränken.

So sind zwar die Energiepreise insgesamt gegenüber dem Vorjahr nochmals gesunken, sie liegen mit einem Plus von 47,1% allerdings unverändert weit über dem Niveau des Jahres 2020. Gerade bei für Privathaushalte wichtigen Energieträgern zum Heizen (Gas, Heizöl, Brennholz und Holzpellets) fällt der langfristige Anstieg des Preisniveaus allerdings nahezu doppelt so hoch aus. Auch Nahrungsmittel weisen im Vergleich zu 2020 ein erheblich gestiegenes Preisniveau (+29,8%) auf. Beide Preiskategorien spielen eine entscheidende Rolle in den Kostenstrukturen privater Haushalte. Haushalte mit geringeren Einkommen oder mit Kindern – insbesondere im Fall von Alleinerziehenden – sind daher unverändert in besonderem Maße von den Folgen der Inflation betroffen.



7) Inflationsausgleichsprämien dämpfen die Reallohnentwicklung

In zahlreichen der letzten Tarifrunden haben steuerfreie Sonderzahlungen in Form einmaliger oder gestaffelter Inflationsausgleichsprämien dazu beigetragen das Reallohniveau der Beschäftigten zu stützen. Sie haben damit einen Beitrag geleistet, um auf der Spitze der Inflation die Belastungen für die Beschäftigten abzufedern. So konnten in Summe zwar hohe Tarifabschlüsse realisiert werden. Kehrseite dieser Medaille ist jedoch, dass diese (gestaffelten) Einmalzahlungen nicht dauerhaft tabellenwirksam sind. Aufgrund ihrer Abgabefreiheit wirken sie stattdessen langfristig dämpfend auf die Einkommensentwicklung und werden auch bei der späteren Berechnung von Renten nicht berücksichtigt.

Modellrechnungen¹ anhand des fiktiven Tarifabschlusses ergeben ein klares Bild: Im ersten Jahr des Tarifabschlusses profitieren die Beschäftigten in jedem Fall vom steuer- und sozialversicherungsfreien Inflationsgeld. Dies gilt bei der Betrachtung der Bruttojahreseinkommen und noch stärker mit Blick auf die Nettoeinkommen – und gilt vor allem auch für Beschäftigte mit geringeren und mittleren Verdiensten. Das ist in Zeiten hoher Inflationsraten mit entsprechend starken Belastungen der Beschäftigten ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Aber bereits im zweiten Jahr des Tarifabschlusses verkehrt sich das Bild: Die Variante 2 (statt Inflationsgeld eine Tarifierhöhung bereits im 1. Jahr) führt brutto wie netto zu einem höheren Jahresverdienst. Auf fünf Jahre gerechnet (mit einer unterstellten weiteren Tarifsteigerung von jährlich 4 Prozent), erweist sich das einmalige Inflationsgeld als Verlustgeschäft. Auf Brutto- und Nettoebene fällt das Entgelt der Beschäftigten um mehrere tausend Euro niedriger aus.

Fiktiver Tarifabschluss

Variante 1: 2023: 3.000 € Inflationsgeld; 2024 - 2027: jeweils +4,0 Prozent

Variante 2: 2023 - 2027 jeweils +4,0 Prozent

Differenz zwischen Variante 1 und 2

	brutto			
	netto			
Jahresbrutto	36.000 Stkl. I	48.000 Stkl. I	60.000 Stkl. III, 1 Kind	72.000 Stkl. IV, 2 Kinder
2023	1.530	1.080	600	120
2023	2.192	1.982	1.446	1.490
2024	-1.498	-1.997	-2.496	-2.995
2024	-835	-1.049	-1.617	-1.544
2023-2027	-4.800	-7.399	-9.999	-12.599
2023-2027	-1.313	-2.371	-5.313	-5.023

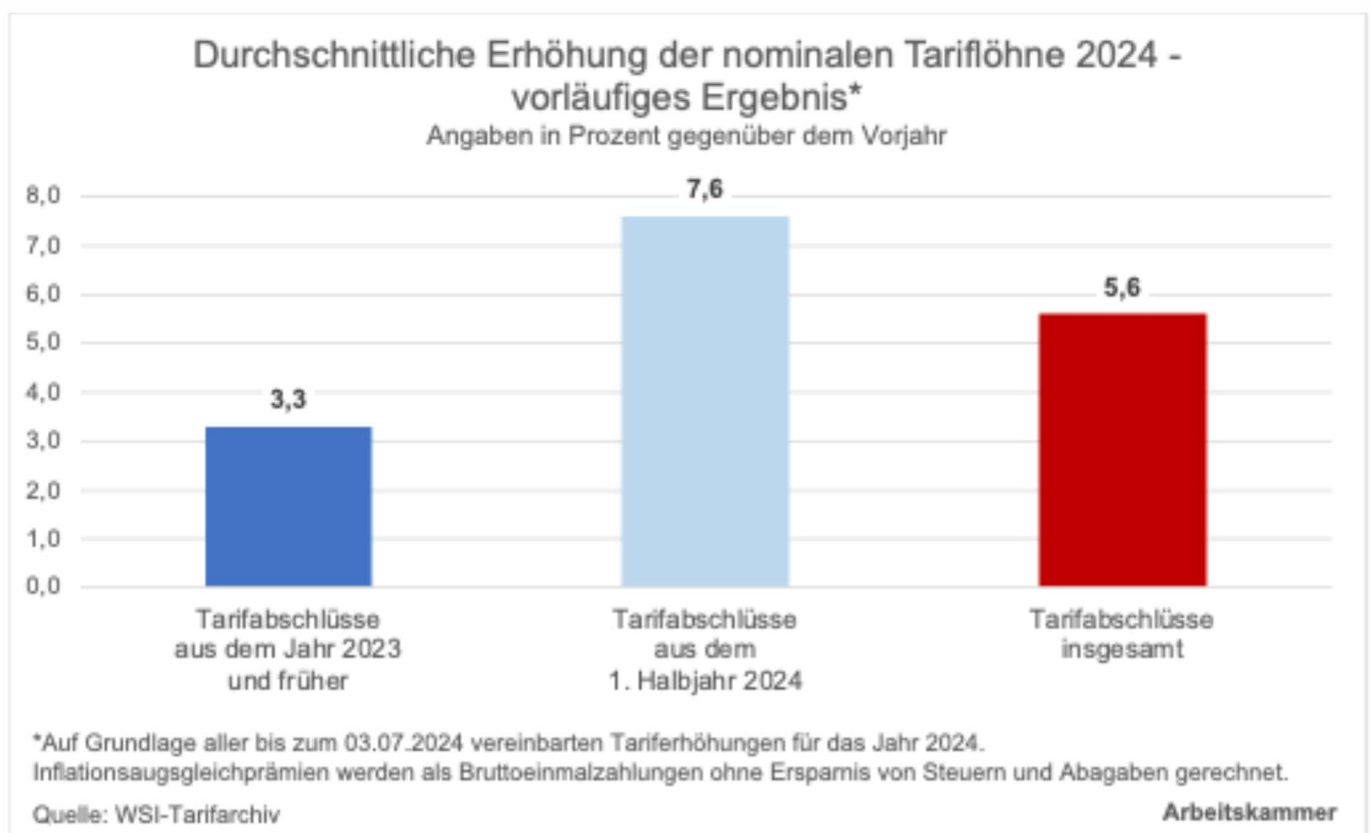
¹ Entnommen aus: Bispinck, Reinhard (2023): Inflationsausgleichsprämie oder Tarifierhöhung, Analysen zur Tarifpolitik 94, Düsseldorf, März 2023, online unter: https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008551/p_ta_analysen_tarifpolitik_94_2023.pdf

8) Reallohnverluste erst zur Hälfte ausgeglichen

Nach der Bilanz des WSI-Tarifarchives für die Tarifabschlüsse des ersten Halbjahres 2024 und unter Berücksichtigung von Tarifsteigerungen aus vorhergehenden Abschlüssen steigen die Tarifröhne in diesem Jahr nominal um durchschnittlich 5,6%. Nach deutlichen Reallohnverlusten 2021 und 2022 und einem kleinen Minus 2023 können die Kaufkraftverluste der Vorjahre damit aus Sicht des Tarifarchivs etwa zur Hälfte kompensiert werden.²

Die kräftigen Zuwächse von 7,6 Prozent bei den Neuabschlüssen sind in erster Linie darauf zurückzuführen, dass im ersten Halbjahr Abschlüsse in den großen Tarifbranchen des Bauhauptgewerbes, dem Einzelhandel und dem Groß- und Einzelhandel ausgehandelt wurden, deren letzte Tariferhöhung bereits mehrere Jahre zurückliegt, so dass sie einen besonders großen Nachholbedarf aufwiesen.

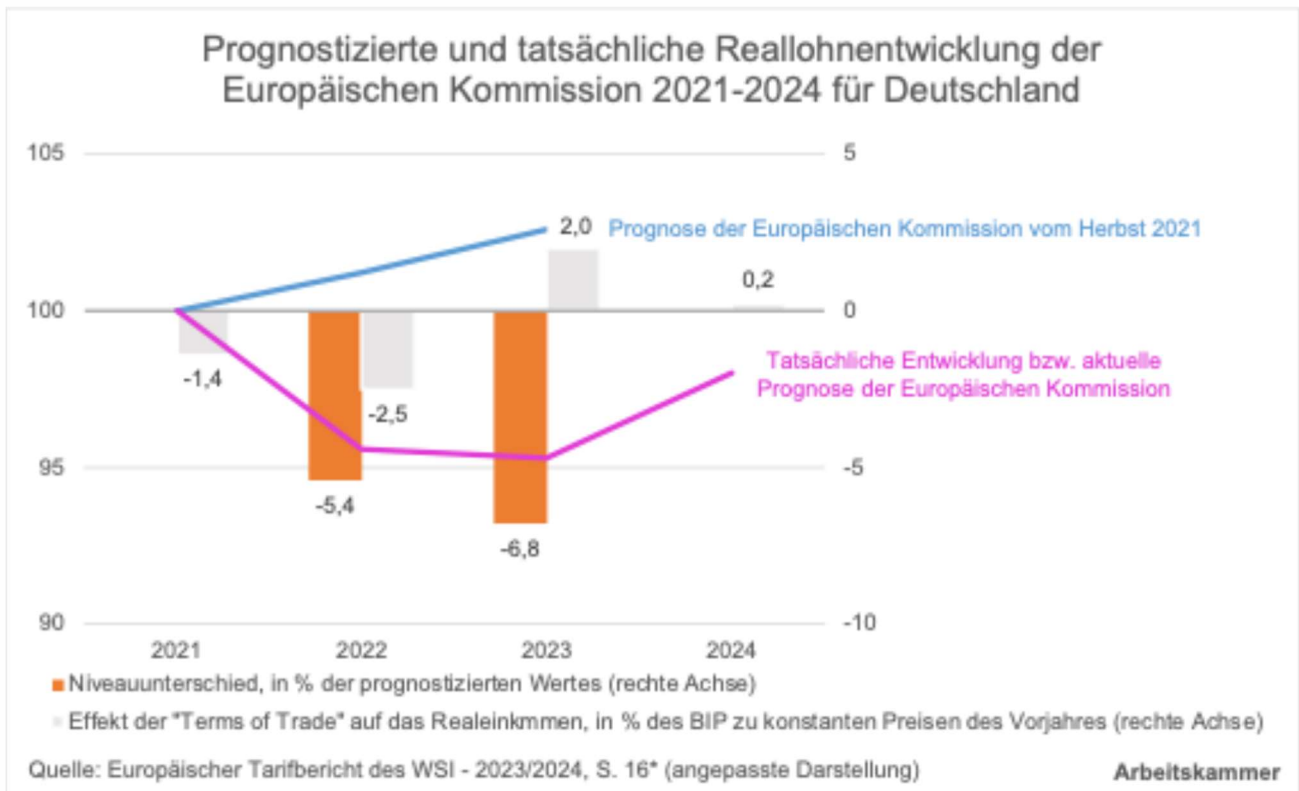
Insgesamt wurden im ersten Halbjahr für knapp 19,7 Millionen Beschäftigte Tariferhöhungen vereinbart, die im Lauf des Jahres 2024 wirksam werden. Für knapp 11,6 Millionen Beschäftigte wurden diese Tariferhöhungen bereits 2023 oder früher in Tarifverträgen mit mehrjähriger Laufzeit festgelegt. Hierzu gehören auch große Tarifbranchen wie z.B. der Öffentliche Dienst und die Metall- und Elektroindustrie. Hinzu kamen im 1. Halbjahr 2024 neue Tarifvereinbarungen für mehr als 8 Millionen Beschäftigte, darunter die Chemische Industrie, das Bauhauptgewerbe und der Einzelhandel.



² Schulten, Thorsten und das WSI-Tarifarchiv (2024): Halbjahresbilanz des WSI-Tarifarchivs: Tarifröhne steigen 2024 nach den bislang vorliegenden Abschlüssen nominal um 5,6 Prozent – Kräftige Erholung bei den Reallohnen, Düsseldorf (Pressemitteilung vom 13.08.2024).

9) Reallöhne haben weiterhin Aufholbedarf

Um das volle Ausmaß der Reallohnverluste der Beschäftigten in Folge der verschiedenen Krisen und den Folgen der Inflation abzuschätzen, wurde im europäischen Tarifbericht 2023/2024 durch das WSI ein Vergleich mit der von der Europäischen Kommission im Herbst 2021 erwarteten Reallohnentwicklung als Basisszenario vorgenommen (vgl. blaue Linie im Diagramm). Die tatsächliche Entwicklung wich von dieser Prognose 2022 um -5,4% und 2023 um -6,8% ab, was auf die zurückliegenden Preissteigerungen zurückzuführen ist, die im Herbst 2021 noch nicht absehbar waren. Da in Deutschland Tariflöhne wie auch der Mindestlohn mit relativ langem Vorlauf ausgehandelt werden, reagiert die Lohnentwicklung nur langsam auf kurzfristige Entwicklungen. Aufgrund dessen war die Lohnentwicklung auch kein entscheidender Inflationstreiber. Vielmehr haben die Beschäftigten mit Reallohnseinbußen einen großen Teil des volkswirtschaftlichen Wohlstandsverlustes auffangen müssen, der wesentlich den Folgen der steigenden Kosten für fossile Energieträger und der daraus resultierenden Veränderung des Verhältnisses von Import- und Exportpreisen („terms of trade“) geschuldet war (graue Balken im Diagramm). Der Rückgang der Rohstoffpreise 2023 hat in Deutschland aus Sicht der Autoren in erster Linie zu einer Steigerung der Gewinnmargen, nicht aber zu entsprechenden Reallohngewinnen für die Beschäftigten geführt.³ Die EU erwartet, dass das Reallohnniveau in Deutschland von 2021 frühestens 2025 nochmals erreicht wird.⁴ Bei den Arbeitseinkommen besteht daher unvermindert deutlicher Nachholbedarf.



³ Vgl. Janssen, Thilo und Lübker, Malte (2024): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2023 / 2024. Reallöhne haben nach Krisenverlusten weiterhin Aufholbedarf. Düsseldorf (WSI-Report, Nr. 97), S. 15-17.

⁴ European Commission (2024): European Economic Forecast, Spring 2024. Am für Veröffentlichungen der europäischen Union: Institutional Paper 286, Luxemburg, S. 3.